



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **92. Sitzung (öffentlich)**

28. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD) (Vorsitzender)

Ralph Bombis (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
|          | <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>7</b> |
| <b>1</b> | <b>Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2021 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise</b> | <b>8</b> |
- Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 1)
- In Verbindung mit:
- Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Gewährung von Hilfen des Bundes als Billigkeitsleistungen für Veranstalter von Messen und Ausstellungen im Sinne der Gewerbeordnung („Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen“)**

Vorlage 17/5840

Drucksache 17/15415

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 1) 8**

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und bei Enthaltung der Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

**Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Gewährung von Hilfen des Bundes als Billigkeitsleistungen für Veranstalter von Messen und Ausstellungen im Sinne der Gewerbeordnung („Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen“)**

Vorlage 17/5840  
Drucksache 17/15415

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis.

**2 Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses zu § 35 Absätze 1 und 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2021 16****Einrichtung von Planstellen und Stellen und die Bereitstellung von Verstärkungsmitteln für Personal- und Sachausgaben im Rahmen der Umsetzung des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes 2021 sowie des NRW-Wiederaufbauhilfegesetzes 2021**

Vorlage 17/5900

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM)

– Wortbeiträge

**3 Weitere Einstellungszusagen für 2022 an Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“ 19**

Vorlage 17/5872

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5872 zu.

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 20**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700  
Vorlage 17/5717

und:

**Finanzplanung 2021 bis 2025**

Drucksache 17/14701

Vorlage 17/5894  
Vorlage 17/5852

– Auswertung der Anhörung vom 30. September 2021 (APr 17/1576)

– Wortbeiträge

**5 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz 37**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144  
Stellungnahme 17/4410  
Stellungnahme 17/4411  
Stellungnahme 17/4412  
Stellungnahme 17/4463

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

**6 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften 40**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14304

Stellungnahme 17/4209  
Stellungnahme 17/4311  
Stellungnahme 17/4389  
Stellungnahme 17/4326  
Stellungnahme 17/4374

Stellungnahme 17/4313  
Stellungnahme 17/4265  
Stellungnahme 17/4299  
Stellungnahme 17/4312  
Stellungnahme 17/4316  
Stellungnahme 17/4402

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Enthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

**7 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG) 41**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14243

Stellungnahme 17/4212  
Stellungnahme 17/4338  
Stellungnahme 17/4373  
Stellungnahme 17/4363  
Stellungnahme 17/4361  
Stellungnahme 17/4362  
Stellungnahme 17/4315  
Stellungnahme 17/4346  
Stellungnahme 17/4367  
Stellungnahme 17/4356  
Stellungnahme 17/4304

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an IntA)

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

**8 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschuss zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2021 42**

**Grundstück in Hagen, Prentzelstraße**

Vorlage 17/5768

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Veräußerung der in  
Vorlage 17/5768 genannten Liegenschaft zu.

**9 Stand der Abrufung der Mittel aus dem Lüftungsprogramm II** (*Bericht  
beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **43**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5876

– Wortbeiträge

**10 WestSpiel-Verfahren** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **46**

Bericht  
der Landesregierung  
Vertrauliche Vorlage 17/193

– Wortbeiträge

**11 Rechtsstreit EAA Portigon** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD  
[s. Anlage 3])* **47**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5874

– Wortbeiträge

**12 Monatliche Veröffentlichung der Entwicklung der Steuereinnahmen**  
(*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **49**

– Wortbeiträge

**13 Verschiedenes** **51**

– keine Wortbeiträge



**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700  
Vorlage 17/5717

und:

**Finanzplanung 2021 bis 2025**

Drucksache 17/14701

Vorlage 17/5894  
Vorlage 17/5852

– Auswertung der Anhörung vom 30. September 2021 (APr 17/1576)

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14700 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an alle Fachausschüsse am 8. September 2021)*

**Vorsitzender Martin Börschel:** Heute weise ich neben weiteren Vorlagen insbesondere auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur vom 22. September dieses Jahres hin – das Ausschussprotokoll 17/1560 – sowie auf das Protokoll unserer Haushaltsanhörung vom 30. September dieses Jahres im Protokoll 17/1576. Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen und insbesondere an Sie, Herr Rörtgen, vom Sitzungsdokumentarischen Dienst, dass das wieder so flott und prioritär ging und unsere Arbeit so erleichtert hat.

Für heute ist die Auswertung der Anhörung vorgesehen. Dazu kann ich sagen, dass mit der Vorlage 17/5894 auf noch ausstehende Fragen aus der Haushaltsklausur gesammelt Stellung genommen wird.

Es gibt noch eine weitere umfangreiche Vorlage, die 17/5852, die an uns, den Unterausschuss Personal und vor allem an den Ausschuss für Schule und Bildung gegangen ist. Aber da eben auch da viele Fragen beantwortet werden, soll die gerne auch hier eingeführt sein.

Damit habe ich, glaube ich, alles gesagt, was Sie wissen müssen, um heute die Anhörung auszuwerten. Wer mag, bekommt das Wort. – Herr Kollege Zimkeit.

**Stefan Zimkeit (SPD):** Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht in seiner Stellungnahme zum Haushalt von „nicht zukunftsfähig“. Ich glaube, wenn man sich die einzelnen Bereiche anguckt, ist das durchaus eine richtige Einschätzung.

Betrachten wir einfach mal ein paar Dinge, die für die Zukunftsfähigkeit von besonderer Bedeutung sind, zum Beispiel den Bildungsbereich. Da wird sehr eindringlich darauf

hingewiesen, dass der Anteil der Mittel für Bildung im Haushalt sinkt. Das widerspricht allem, was zugesagt und versprochen worden ist. Der VBE weist sogar darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen hierfür so wenig ausgegeben wird wie in keinem anderen Bundesland. Und wenn man dann noch einrechnet – wir haben es am Dienstag ausführlicher diskutiert –, dass viel des Geldes, das im Bildungshaushalt steht, wegen unbesetzter Stellen nicht verausgabt wird, dann ist das Bild noch erschreckender.

Es ist sehr ausführlich diskutiert worden, dass die Investitionsquote in der Mittelfristigen Finanzplanung extrem sinken wird, obwohl es einen ganz erheblichen Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen gibt. Es ist auch ein für die Zukunft sehr wichtiges Thema, die notwendigen Investitionen zu leisten, was hier aus Sicht ganz vieler Sachverständigen nicht passiert.

Ebenfalls unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit des Landes sind die Kommunen und ihre Handlungsfähigkeit. Wir haben es vorhin angesprochen. Hier gab es einen deutlichen Hilferuf der kommunalen Spitzenverbände nach stärkerer Unterstützung. Hier wurde insbesondere die Frage einer Altschuldenlösung, eines Altschuldenfonds unterstrichen, dass das ganz dringend notwendig ist, um die Handlungsfähigkeit und insbesondere Investitionsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen.

Der Naturschutzbund hat darauf verwiesen, dass für zwei weitere wichtige Fragen der Zukunftsfähigkeit, nämlich für die Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes, aber auch für den Erhalt der Artenvielfalt – Stichwort: sehr erfolgreiche Volksinitiative Artenschutz –, keine Haushaltsmittel vorgesehen sind, um diese Zukunftsthemen anzupacken.

Die Sozialverbände – ich glaube, es ist unbestritten, dass diese wichtig sind, um die Zukunftsfähigkeit dieses Landes zu erhalten – sprechen von einer schleichenden Destabilisierung des Systems der sozialen Beratung und der sozialen Sicherung. Das muss unseres Erachtens als Alarmsignal angesprochen werden. Das Zitat stammt von Dr. Hensel von der Caritas.

Im Bereich Wohnen, Zukunft des Wohnens, bezahlbaren Wohnens, wurde sehr deutlich – insbesondere vom Deutschen Gewerkschaftsbund wurde noch mal darauf hingewiesen –, welche Problematik da besteht, unter anderem mit der Forderung nach einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, mit der dort gegengesteuert werden muss.

Auf all diese zentralen Punkte für die Zukunftsfähigkeit NRW gibt dieser Haushalt keine ausreichende Antwort. Das ist ein zentrales und alarmierendes Signal aus dieser Anhörung. Es geht weit über Einzelwünsche hinaus, dass man da noch ein paar Euro braucht, sondern hier wird sehr eindringlich beschrieben, dass es in vielen Bereichen weitgehende strukturelle Probleme gibt.

Stattdessen – so auch die Einschätzung aus der Anhörung – reagiert die Landesregierung mit dem Aufbau zusätzlicher Bürokratie. Die 1.000 zusätzlichen Stellen ohne strukturelle Gegenfinanzierung sind hinreichend diskutiert worden.

Jetzt könnte man sagen, Zukunftsfähigkeit definiert man anders. Die Regierungskoalition definiert Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit insbesondere über Schuldenabbau



und weniger Schulden. Das war ja sozusagen der Kern des Beitrages der FDP zu einem anderen Punkt. Aber wenn man Sie an diesem eigenen Anspruch misst, dann muss man sich mal die Stellungnahme des Landesrechnungshofs angucken, der aus seiner Sicht sehr deutlich macht, dass auch dieses Ziel eines wirklich nachhaltigen Schuldenabbaus und einer strukturellen Verbesserung des Haushaltes, das ja dann sozusagen Zukunftsfähigkeit aus Sicht der Regierung scheinbar definiert, krachend verfehlt wird. Ich habe selten eine so deutliche Kritik des Landesrechnungshofs gelesen.

Über diese reinen Bewertungen des Haushalts hinaus war für uns die Diskussion zur Ausgestaltung der Schuldenbremse sehr spannend. Nicht nur Frau Rietzler von der Hans-Böckler-Stiftung und der Wirtschaftswoche Truger, sondern auch das IW weisen sehr deutlich darauf hin, dass es ein schwerer Fehler ist und eine große wirtschaftliche Belastung auslösen kann, wenn man von einer Schuldenaufnahmefähigkeit in 2022 – organisiert über den Rettungsschirm – dann 2023 abrupt auf null geht. Das kann extreme Folgen für die Konjunktur und die weitere Entwicklung haben. Aus Sicht aller, die dort für die Wissenschaft gesprochen haben, ist es notwendig, hier andere Lösungen zu finden, die ein langsames Rückführen der Verschuldung organisieren, um eben einen Konjunkturaufstieg nicht abzuschwächen. Das war für uns ein sehr wichtiger Hinweis, über den wir in weiteren Beratungen nachdenken müssen. Denn es darf uns auf keinen Fall passieren, dass wir jetzt wegen einer falschverstandenen Verschuldungspolitik und des abrupten Abbremsens unseren wirtschaftlichen Aufschwung gefährden mit dem Ergebnis, dass wir anschließend viel mehr Schulden machen würden. Wie gesagt, das ist mittlerweile – und das wurde da auch deutlich – breiter Konsens in der wissenschaftlichen Debatte geworden. Darauf müssen wir reagieren.

Aber wir müssen auch darauf reagieren, dass wir mit dem Haushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung die Zukunftschancen nicht verspielen. Aus unserer Sicht wie auch aus Sicht der Sachverständigen in vielen Bereichen tut dieser Haushaltsentwurf das.

**Vorsitzender Martin Börschel:** Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Herr Strotebeck, bitte.

**Herbert Strotebeck (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Meine Damen, meine Herren! Ich habe es am Dienstag im Unterausschuss Personal schon einmal gesagt: Die Liste der Wünsche ist lang, die Mittel sind aber nicht da. – Das muss man nach Corona einfach einmal konstatieren.

Die Anhörung des Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2022 Ende September verlief ähnlich enttäuschend wie jedes Jahr. Ein Teilnehmer brachte die Anhörung kurz und treffend auf den Punkt: Wir sitzen hier, und der Reihe nach wird von uns allen mehr Geld verlangt. – Genauso ist es.

Und wie jedes Jahr macht kein einziger Teilnehmer auch nur einen Vorschlag, wo gespart werden könnte. Das Ganze hat und wird unsinnige Summen an Geld kosten.

Deshalb beziehe ich mich sehr gerne auf die detaillierten Ausführungen des Landesrechnungshofs in seiner schriftlichen Stellungnahme.

Nicht nur der nächste Landtag wird in seinem finanziellen Handlungsspielraum arg eingeschränkt sein. Deshalb werden wir – wie bereits angekündigt – Anträge mit Maß und Mitte vorlegen, und selbstverständlich werden wir auch die entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschläge zu unseren Anträgen mit einreichen. – Danke.

**Vorsitzender Martin Börschel:** Frau Kollegin Düker, bitte.

**Monika Düker (GRÜNE):** Danke, Herr Vorsitzender. – Ich will das mal so formulieren: In der Anhörung hat sich für uns sehr klar herauskristallisiert, wer hier Verlierer sind bei der Haushaltspolitik dieser Regierung. Das kann man durchaus auch im letzten Regierungsjahr, mit dem letzten Haushalt, den Sie machen, in einer leider unrühmlichen Kontinuität bilanzieren.

Ich fange mal nicht mit den Kommunen an, aber das kommt gleich noch, sondern tatsächlich mit dem Thema „Umwelt“. Ich war gestern erst mal erfreut, dass der neue Ministerpräsident gleich mit seinen ersten Worten gesagt hat, seit er Vater ist, sieht er die Welt mit anderen Augen, und die Themen „Umwelt“, „Klimaschutz“ und auch „Artenschutz“ würden bei ihm ganz oben auf der Agenda stehen, weil wir unseren nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen wollen. Dann dachte ich mir, er hat vielleicht noch nicht den Überblick über den Haushalt, denn in realer Politik bildet sich dieses Ziel nicht ab. Ich befürchte, dass sich auch der neue Ministerpräsident wie der alte hier ein grünes Mäntelchen umhängt, was aber nicht in Handlungen, in Taten, auch in finanziellen Darstellungen belegbar ist.

Denn schaut man sich das mal an: Wir haben einen Naturschutzhaushalt von 36 Millionen Euro. Es ist angekündigt worden, wir müssen hier was tun. Er ist nicht erhöht worden, null. Er hat sozusagen Kontinuität. Ich nenne nur mal das Klimaanpassungsgesetz, aber auch die Initiative zum Artenschutz, die ja läuft, die Volksinitiative. Wir haben in Bayern eine ganz andere Reaktion gehabt auf diese Volksinitiative und den Volksentscheid. In Bayern haben die den Ansatz um 71 Millionen Euro fürs Thema „Artenschutz“, „Sicherung der biologischen Vielfalt“ aufgestockt, weil die Menschen das auch erwarten. Es hat ja auch da den erfolgreichen Volksentscheid gegeben. Und eine ähnliche Initiative läuft ja jetzt auch in NRW. Wenn ich die Bekenntnisse sehe des Finanzministers, als er den Haushalt vorgestellt hat – deswegen haben wir ja noch mal explizit nachgefragt, wo das ganze Geld steckt –, und jetzt der neue Ministerpräsident das in seiner kurzen Begrüßung auch hervorhebt, dann ist für uns da eine Riesenlücke zum tatsächlichen Handeln. Wie gesagt, 36 Millionen Euro. Ich habe noch mal einen Referenzwert rausgeholt. Kollege Klenner ist nicht da, dann kann ich das jetzt hier sagen, ohne dass es gleich wieder einen Aufschrei gibt. Das Heimatprogramm der Landesregierung hat 40 Millionen Euro. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Wie gesagt, es ist alles schön, wenn der Schützenverein vor Ort irgendeine neue Grünanlage macht oder irgendeine Initiative unterstützt wird. Aber wenn man dafür 40 Millionen Euro völlig freiwilliges Geld übrig hat, für den Naturschutzhaushalt nur 36 Millionen Euro – für den gesamten Naturschutz! –, dann, finde ich, ist es

noch mal nachdenkenswert, ob hier nicht tatsächlich die komplett falschen Schwerpunkte gesetzt werden. Also, erster Verlierer für mich sind bei dem Haushalt leider mal wieder die Umwelt und die biologische Vielfalt in unserem Land.

Zweiter Verlierer sind – in guter Kontinuität – auch hier die Kommunen. Ich habe es eben schon mal gesagt beim Thema „Rettungsschirm“. Wir haben jetzt ja auch wieder in der Anhörung noch mal dargestellt bekommen, wie weit die Mindereinnahmen sind. Das sind 6 Milliarden Euro insgesamt, die nicht kompensiert werden. Dazu haben wir die Mehrausgaben, und wir haben eine Landesregierung, die großzügig sagt: Ihr dürft das mal alles isoliert darstellen, Kommunen, ihr dürft euch verschulden, und wir kreditieren euch dann auch noch im Steuerverbund beim Gemeindefinanzierungsgesetz die Minderausgaben, also, ihr dürft da Schulden machen. – Wir erhöhen also deren Schuldenberg, wir verlagern die Probleme in die Zukunft, und wir alle wissen, dass die das aus eigenen Mitteln nicht werden stemmen können. Das heißt, wir treiben die Kommunen weiter in die Verschuldungsspirale und lösen noch nicht einmal ein Versprechen ein, was gegeben wurde, nämlich den Altschuldenfonds, der kommt auch nicht. Jetzt kann man alles auf den Bund schieben. Man hätte aber auch selber tätig werden können. Das haben Hessen und andere Länder ja auch gemacht. Das heißt, reintreiben in die Schulden Spirale, keinen Altschuldenfonds anbieten und diese Situation, zuschauen, wie hier weiter vor Ort die nötigen Investitionen nicht getätigt werden können. Auch darauf hat uns ja noch mal der DGB hingewiesen, dass wir nach ihrem Gutachten einen Investitionsstau in NRW inzwischen bei rund 27 Milliarden Euro haben.

In der Situation, finde ich, kann man die Kommunen hier nur als sehr großen Verlierer dieser Regierungspolitik sehen. Und das macht mir in der Tat auch große Sorgen, denn unser gesamtes Gemeinwesen, unser sozialer Zusammenhalt fußen auf funktionsfähige Kommunen. Und wenn dann vor Ort die Schwimmbäder schließen, die Grünanlagen nicht mehr versorgt werden können usw., hat das enorme Auswirkungen auch auf unseren gesellschaftlichen Frieden.

Dritter Verlierer dieser Landesregierung ist tatsächlich der öffentliche Dienst, ist unsere Landesverwaltung. Das haben wir im Unterausschuss Personal dargestellt, aber weil es diese Dimension hat, will ich es hier im HFA auch noch mal sagen, und es ist ja auch in der Anhörung deutlich geworden.

Die Anzahl der unbesetzten Stellen steigt. Wir haben Höchststände bei den unbesetzten Stellen. Dass Sie bis jetzt nicht auf den Gedanken gekommen sind, dass es vielleicht was damit zu tun haben kann, dass wir so viele unbesetzte Stellen haben, dass wir nun mal als Arbeitgeber nicht mehr so attraktiv sind und wir tatsächlich eine Attraktivitätssteigerung brauchen, die nicht nur heißt, es darf aber nichts kosten, sondern tatsächliche Verbesserungen beinhaltet, erschüttert mich zutiefst. Es ist ja auch in der Anhörung deutlich geworden, dass uns alle bescheinigt haben, selbstverständlich hat es auch was mit der Bezahlung zu tun. Ich will das Thema A13 hier nicht vertiefen; das haben wir im Unterausschuss Personal schon gemacht. Selbstverständlich hat die Bezahlung was damit zu tun, ob sich Menschen noch dafür entscheiden, Grundschullehrerin oder Grundschullehrer zu werden. Und selbstverständlich hat es auch in unserer Finanzverwaltung was damit zu tun. Also, will sagen, im Bereich öffentlicher Dienst ist hier zu wenig gemacht worden. Die Attraktivitätsoffensive ist gescheitert. Es ist nichts

auf den Weg gebracht worden, was nachhaltig unseren öffentlichen Dienst stärkt. Und der Umgang – das haben wir ja auch häufig genug hier diskutiert – mit den Betroffenen, mit den Gewerkschaften grenzt, würde ich mal sagen, an Rüpelhaftigkeit, die so abzuservieren.

Gleichzeitig erhärtet sich bei mir immer mehr der Verdacht, dass man eigentlich an diesen unbesetzten Stellen nicht wirklich was ändern will, Es ist auch in der Anhörung deutlich von einigen so formuliert worden – das sagt im Übrigen auch der Landesrechnungshof –, hier ist eine Spardose über die globale Minderausgabe, die die Landesregierung dann für ihre anderen Dinge braucht. Das heißt, es wird – wie heißt das juristisch? – hingenommen, dass hier Stellen unbesetzt sind, weil man das Geld an anderer Stelle braucht. Im „Westpol“-Bericht wurde ja mit Hinweis auf eine schriftliche Stellungnahme des Finanzministeriums der Offenbarungseid deutlich. Auf die Frage, wie die zusätzlichen Stellen bei den Ministerien gedeckt werden sollen, wurde geantwortet, dafür habe man ja die GMA. – Übersetzt heißt das, die unbesetzten Stellen bei den Grundschulen werden gegenfinanziert durch mehr Referate, die sich der Ministerpräsident in der Staatskanzlei gegönnt hat. Und das kann nicht sein. Das heißt, für mich ist der dritte große Verlierer der Finanzpolitik der Landesregierung unsere Landesverwaltung, und das können wir uns nicht leisten. Es sind ja die Beschäftigten im Land. Das sind vor allen Dingen die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Beschäftigten in anderen Bereichen.

Letzter Punkt. Bildungspolitik ist angesprochen worden. Kein Bundesland investiert so wenig in Bildung wie NRW. Und auch hier gab es ja massive Kritik vonseiten der Verbände, dass nicht nur beim Thema „A13“, sondern auch beim Thema „Schulindex“, beim Thema „Talentschulen“ sehr viel Etikettenschwindel betrieben wird, aber nicht wirklich strukturell die Bildung gestärkt wird.

**Vorsitzender Martin Börschel:** Danke sehr, Frau Kollegin Düker. – Herr Kollege Lehne, bitte.

**Olaf Lehne (CDU):** Meine Damen und Herren, dass wir da eine etwas andere Meinung vertreten als die Opposition, mag jetzt nicht verwundern. Aber Haushaltspolitik ist nicht die Politik von „Wünsch dir was“. Sie müssten eigentlich aus den alten Zeiten wissen, dass das die Politik des Machbaren ist und dass man dann schauen muss, wie man mit den Mitteln, die man hat, zurechtkommt und wo man auch seine Schwerpunkte setzt.

Was mir mehr Sorgen macht, ist aber der Realitätsverlust von Teilen der Opposition, die eben nicht sehen, wo man tatsächlich geholfen und wo man auch tatsächlich mehr geschafft hat.

Ich beginne mal mit den Ausführungen zu den Kommunen, die angeblich so wenig Geld bekommen haben. Die haben noch nie mehr Geld bekommen wie unter dieser Landesregierung. Ich fange mal damit an, dass wir eine solide, vorausschauende und transparente Haushaltspolitik auch im Jahre 2022 wollen. Gerade in einem Haushaltsjahr, wo wieder Wahlen sind, wollen wir das.

Trotz der verheerenden Flutkatastrophe und der Coronakrise legen wir einen Haushalt ohne Schulden vor. Bei einem Etat von 87,5 Milliarden Euro stärken wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes durch gezielte Investitionen von 9,6 Milliarden Euro.

(Monika Düker [GRÜNE]: Der Rettungsschirm sind keine Schulden?)

– Wir reden nicht vom Rettungsschirm, wir reden von dem Haushalt. Aber das wollen Sie ja nicht hören. Wir klammern das bewusst aus, damit wir auch in der Öffentlichkeit deutlich machen können, dass wir eine saubere Politik machen und nicht wie Sie, die alles vermischen und nur mit der Gießkanne verteilen wollen.

Wir investieren zum Beispiel in den Bereich der inneren Sicherheit und haben dort eine Steigerung der Mittel für die Polizei von 200 Millionen Euro für zusätzliche Stellen insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität zur Verfügung gestellt.

Als eine zentrale Klimaanpassungsmaßnahme, weil Sie die Klimapolitik angesprochen haben, werden im Jahr 2022 rund 251 Millionen Euro, insbesondere für den Hochwasserschutz 76,7 Millionen Euro und für Maßnahmen der Gewässerökologie im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinien in Höhe von 64,3 Millionen Euro, eingesetzt. Wenn ich daran denke, was für einen Schaden Sie mit Ihrer Politik für Garzweiler angerichtet haben, wo wir versucht haben, zu retten, was noch zu retten ist, oder an das Thema „Datteln-Hamm“ denke, dann müssten Sie sich eigentlich bei dem, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben, nur verstecken, was die Umweltpolitik angeht.

Im Bereich Schule wurden weitere knapp 4.000 zusätzliche Stellen mit dem Haushaltsplanentwurf 2022 eingerichtet, unter anderem für den Masterplan Grundschule, die Neuausrichtung der Inklusion und die Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung. Damit wurden seit dem Jahr 2018 insgesamt rund 10.600 zusätzliche Stellen geschaffen.

Wie schon im Jahr 2021 erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Zuweisungen und Zuschüsse im Rahmen des kommunalen Steuerverbundes auch im Jahre 2022 auf der Basis der Finanzplanung 2019 bis 2023. Das ist damit das Vorkrisenniveau und gibt den Kommunen erhebliche Planungssicherheit.

Auch in Krisenzeiten gilt der Dreiklang Modernisieren, Investieren und Konsolidieren.

Wenn ich Ihre Zitate aus der Anhörung höre, möchte ich ein paar Sachen deutlich machen.

Herr Dr. Henze vom Institut der deutschen Wirtschaft spricht davon, dass es sehr vorausschauend sei, den Rettungsschirm auch 2022 noch geöffnet zu lassen und auf einen Tilgungszeitraum von 50 Jahren abzustellen, weil es einfach Sinn macht, das Niedrigzinsniveau zu nutzen und den Zeitraum zu strecken.

Frau Probst von der Landesrektorenkonferenz der Universitäten und Kanzlerinnen und Kanzler hat nochmals ausdrücklich erwähnt, dass es für sie keine Selbstverständlichkeit sei, dass den Hochschulen solch eine solide Finanzbasis geboten wird. Sie bedankt sich hierfür sogar ausdrücklich.

Herr Roland Staude vom dbb lobt ausdrücklich, dass in den nächsten Jahren insgesamt 4,5 Milliarden Euro in öffentliche Gebäude investiert werden, da der Ort der Arbeit natürlich ein Attraktivitätsmerkmal ist, von dem Sie auch gesprochen haben, Frau Düker.

Michael Maatz von der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen spricht sogar davon, dass die 2.600 Einstellungsermächtigungen ein Segen für die Polizei seien. Auch die 500 Neueinstellungen bei den Tarifbeschäftigten wird ausdrücklich begrüßt, weil diese dazu führen, dass die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten von diesen Aufgaben befreit werden können.

Das sind nur einige Beispiele. Insofern haben wir auch mit diesem Haushalt wieder einen vorbildlichen Haushalt im Verhältnis zu den Haushalten, die Sie in der Vergangenheit vorgelegt hatten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Martin Börschel:** Danke, Herr Kollege Lehne. – Herr Kollege Witzel, bitte.

**Ralf Witzel (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Wir haben eine Anhörung erlebt, wo es, wie das bei Anhörungen an sich so ist – völlig unabhängig auch von der politischen Farbenlehre hier im Haus in der Vergangenheit –, es immer Kritikpunkte auf der einen Seite gibt, wo Verbesserungen von Verbänden eingefordert werden und auf der anderen Seite aber auch honoriert wird, was an der einen oder anderen Stelle geschieht. Das ist immer ein Potpourri an sehr unterschiedlichen Ansichten zu sehr verschiedenen Themenfeldern auch im Landeshaushalt, und dem widmen wir uns auch gleich noch.

Deshalb möchte ich zu den Punkten vor allem Stellung beziehen, die auch hier von der Opposition angesprochen worden sind. Es ist verwiesen worden von Herrn Zimkeit für die SPD-Landtagsfraktion auf Ausführungen des Landesrechnungshofs. Ich sage Ihnen das, was ich auch an anderer Stelle schon gesagt habe. Ich habe die auch mit Interesse gelesen. Und wenn dort beim Landesrechnungshof die Sorge besteht, dass aus aktuellen Krisen heraus zu viele Schulden zu lange in die Zukunft zum Nachteil der jungen Generationen übertragen werden, und angeregt wird, eine frühere Rückführung der aufgenommenen Kredite zu organisieren, und in dem Kontext auf Bund und andere Bundesländer verwiesen wird, da können wir gerne darüber reden, wie Sie sich das vorstellen und ob es da Möglichkeiten gibt, etwas mehr Ehrgeiz an der Stelle zu entwickeln, Schulden, die jetzt aufgenommen werden, etwas früher zurückzuzahlen, wenn das die konjunkturelle Entwicklung ermöglicht. Wir würden dem sicherlich nicht im Weg stehen, wenn sich zeigt, dass es dafür eine realistische Perspektive gibt.

Frau Düker hat eben gesagt, bei dem Coronarettungsschirm hätte sie sich bei der einen oder anderen Maßnahme, die beantragt worden ist, die Frage gestellt, ob das wirklich immer einen ganz engen Coronabezug hat oder ob damit nicht auch andere Ziele im Haushalt finanziert worden sind. Wenn Sie solche Beispiele identifizieren, lassen Sie uns entsprechend darüber reden. Es ist schon unsere Erwartung, dass das, wo ein Coronaetikett draufklebt, Corona beinhaltet. Ich habe aus meiner Beobachtung aber wahrgenommen, dass Sie nahezu allen dieser Vorschläge zugestimmt haben, also haben Sie die ja offenbar in der Sache – die Vorträge hier seitens der Ministerien, – wohl auch so nachvollzogen.

Was die Statements angeht: Sie haben eben als Opposition – klar, das ist Ihr Job – darauf verwiesen, welche Kritikpunkte von Sachverständigen angesprochen worden

sind. Deshalb mache ich umgekehrt unseren Job, nämlich ohne das zu bestreiten, auf der anderen Seite aber auch mal Sie auf ein paar Stellungnahmen zu verweisen, die in unterschiedlichen Politikfeldern auch sehr viel Anerkennendes sagen über die Politik des Landes, teilweise auch mit Verweis auf ergänzende und begleitende Maßnahmen des Bundes. Das gehört auch zur Vollständigkeit dazu.

Wenn ich mir Ihre Diskussion angucke, wir müssten uns mehr beschäftigen mit der kommunalen Finanzsituation, dann verweise ich Sie mal auf die Ausführungen des Landkreistages in der Anhörung, der klar und deutlich gemacht hat, dass in der schwierigen Coronazeit das Land Nordrhein-Westfalen – auch in Teilen zusammen mit dem Bund – Kommunen kraftvoll unterstützt hat; so heißt es dort. Das soll festgehalten werden. Es ist genannt worden der Gewerbesteuerausgleich im ersten Jahr der Pandemie, begleitend vom Bund die KdU-Erhöhen, von Land und Bund gemeinsam der ÖPNV-Rettungsschirm, die Stabilisierungsmittel GFG des Landes, die ja immerhin eine knappe Milliarde Euro pro Jahr betragen haben. Insofern war das Zwischenfazit, zumindest soweit das zum Termin der Anhörung möglich war, dass der Landkreistag gesagt hat, die Kommunen sind im Großen und Ganzen gut durch die Krise gekommen, auch durch den, was die finanziellen Rahmenbedingungen angeht, Rettungsschirm des Landes.

Dann haben Sie den Bereich Bildung angesprochen. Da sagt Simone Probst von der Landesrektorenkonferenz bei der Anhörung, dass sie ausdrücklich betonen möchte, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass den Hochschulen eine so solide Finanzbasis geboten wird, und hat sich dafür ausdrücklich beim Land für die Haushaltsansätze bedankt.

Sascha Klein, Krankenhausgesellschaft von Nordrhein-Westfalen, betont, dass die Krankenhäuser in besonderer Weise dankbar sind für die hohen Investitionen, die dort in den vergangenen Jahren erfolgt sind, die natürlich pandemiebedingt waren, sonst wären sie nicht in dieser Dimensionierung erfolgt. Aber es sind da ganz spürbar Rekordinvestitionsmittel sehr zeitnah zur Verfügung gestellt worden. Auch das ist beispielsweise ganz ausdrücklich gewertet worden, um nur einige, auch wichtige Politik-anliegen der Landtagsmehrheit an der Stelle noch mal abzubilden.

Ich will noch etwas Grundsätzliches sagen, was unsere Philosophie angeht. Für uns als FDP-Landtagsfraktion gibt es mit Blick auf das Thema „Generationengerechtigkeit“ keine guten Schulden. Das ist uns persönlich als Abgeordnete und auch denen, die unserer Politik zuneigen, ein zentral wichtiges Anliegen. Vielleicht sind Schulden in historischen Krisensituationen punktuell befristet mal nötig, aber sie sind für uns an sich kein gutes und richtiges und wünschenswertes Mittel zur Haushaltssteuerung. Das machen wir überall klar in der Landes- und Bundespolitik. Wie mir momentan zumindest nach Zwischenberichten erscheint und nach dem, was an fixierten Eckpunkten zu sehen ist, scheinen ja auch zumindest SPD und Grüne für diese Sichtweise, die wir dazu konsequenterweise ebenso wie im Land auch im Bund vertreten, großes Verständnis zu haben. Insofern haben wir uns im Bund ja auch mit SPD und Grünen darauf verständigt, dass die Schuldenbremse konsequent einzuhalten ist. Dann sehen Sie, dass das vielleicht auch eine Orientierungsmarke für die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen sein könnte. Das heißt eben, wenn man an bestimmten Stellen mehr

Geld ausgeben will im Rahmen politischer Schwerpunktsetzung, dann muss man das an anderer Stelle umso weniger tun.

Und das Zweite, was mir immer sehr wichtig ist in Haushaltsberatungen, ist das Thema „Glaubwürdigkeit“. Deshalb bin ich immer sehr vorsichtig mit den Ausführungen, die von Oppositionsseite gemacht werden, wo Sie wie selbstverständlich Dinge von der amtierenden Regierung einfordern, die Sie zu Zeiten, als Sie die Regierung gestellt haben, nicht gemacht haben. Und da sehe ich schon einen sehr klaren Unterschied, weil wir in der Vergangenheit nicht so vorgegangen sind, dass wir uns einfach Forderungen, die von Betroffenen im Raum stehen, zu eigen gemacht hätten, um uns da an der Regierung abzarbeiten. Das holt einen nämlich immer sehr schnell ein. Das haben Sie auch von rot-grüner Seite erlebt, als Sie in früheren Jahren einer schwarz-gelben Regierung mit ganz deutlichen Worten Vorwürfe gemacht haben, dass, wenn es auch nur die kleinste Abweichung einer Eins-zu-eins-Umsetzung von Tarifabschlüssen für Beamte zum Nachteil der Beamten gibt, das ganz, ganz schlimm und schrecklich sei. Sie haben Anträge gestellt, sowas dürfe nie passieren. Und als Sie wenige Jahre später selbst regiert haben, haben Sie in einer ganz, ganz anderen Dimension für große Zielgruppen mehrjährige Nullrunden beschlossen zur Nichtumsetzung. Und da war das auf einmal für Sie ein probates Mittel. Wir haben das anders gemacht und können deshalb heute in vielen Bereichen anders darüber sprechen, weil wir uns eben nicht hingestellt haben, anders als Sie manchmal den Eindruck erwecken, und alles an Forderungen pauschal von Verbänden übernommen hätten, sondern wir haben immer klar gesagt, man mag sich über bestimmte wünschenswerte Ziele unterhalten können, haben aber immer auch Verständnis geäußert, dass das nur in dem Rahmen erfolgen kann, in dem das auch eine Finanzplanung soweit zulässt.

Und wenn deshalb mal wieder – das wird ja jetzt wahrscheinlich zur wöchentlichen Wiedervorlage kommen bis zur Landtagswahl – von den Grünen das Thema angesprochen wird, alle Lehrer müssten mindestens nach A13 bezahlt werden, dann sage ich Ihnen: Wenn das alles finanzpolitisch realisierbar ist, gönne ich allen Lehrern das. Ich gönne auch einem Polizeibeamten die Forderung, die die Berufsverbände dort entsprechend stellen, was Zulagen, Aufstiegsperspektiven angeht, der Finanzverwaltung, der Justiz. Wir können uns alles angucken, was da an Forderungen auf dem Tisch liegt. Jeder hat da für sich auch gute Gründe, das entsprechend deutlich zu machen. Ich persönlich gönne jedem alles, wenn es entsprechend auch in den Haushalt passt. Solange eben nicht alles auf einen Schlag zu erfüllen ist, muss man eben Themen auch sukzessive bearbeiten im Haushalt, sich vielleicht auch erst einmal auf die Dinge konzentrieren, wo es auch rechtlich im engeren Sinne geboten ist. Dann geht eben auch nicht alles über Nacht. Deshalb kann ich Sie nur dringend bitten, dass Sie bei vielen Dingen, die Sie wie selbstverständlich heute einfordern, aber noch vor wenigen Jahren in Zeiten Ihrer eigenen Regierungsverantwortung selber nicht gemacht haben, ein bisschen weniger dick auftragen.

Gerade weil Sie wieder das Thema „Lehrerbesoldung“ angesprochen haben: Da können Sie sagen, wünschenswert wäre, für den Schulbereich noch mehr zu tun. Ich will dem auch gar nicht pauschal widersprechen, dass auch wir uns das eine oder andere da perspektivisch vorstellen können. Nur Sie müssen doch schon zur Kenntnis nehmen, wir haben eine Stellenausstattung in der Quantität und auch in der Qualität der



Besoldungsgruppen, die historisch ist, wie Sie die jedenfalls zu Zeiten, als Sie als Grüne das Schulministerium in diesem Land gestellt haben, nicht hinterlassen haben. Wir haben seitdem für Schulleitungsfunktionen, also insbesondere mit Blick auf die stellvertretenden Schulleitungen, Verbesserungen erzielt. Wir haben erstmals an sich auch ohne die Übernahme von zusätzlichen Funktionsstellen auch A13-Stellen im System, um Leistungsträger entsprechend auch hier zu fördern. Das alles hat es früher in der Vergangenheit gar nicht gegeben. Zumindest sollten Sie doch mal so fair sein, zu sagen, ja, das nehmen wir zur Kenntnis, da hat die jetzige Koalition mehr gemacht, als Rot-Grün hinterlassen hat. Ich finde es sehr einseitig, dass all die Dinge, die Sie selber nicht beschlossen haben, Sie jetzt als vermeintliche Versäumnisse und Verfehlungen einer Regierung vorwerfen, die erkennbar für eine bessere Stellenausstattung gesorgt hat.

Und ich kann es Ihnen an der Stelle nur noch mal sagen, wenn Sie das Thema „Nachwuchs für Grundschulen“ ansprechen: Das Kernproblem für Grundschulen ist nicht, dass es in diesem Land zu wenige Studieninteressierte gibt, die den Beruf des Grundschullehrers ergreifen wollen, sondern dass wir einen eklatanten Mangel an Studienplätzen haben, dass wir Bewerber abweisen mit drastischen NC-Vorgaben, die gerne ein Lehramtsstudium für den Primarbereich aufnehmen wollen, die aber den Studienzugang nicht bekommen. Sonst hätten wir auch viel mehr Einstellungsmöglichkeiten in Folgejahren. Deshalb haben wir da konzeptionell angesetzt. Das ist nicht leicht beim Hochschulfreiheitsgesetz, Hochschulen dafür zu gewinnen, hier entsprechende ...

(Lachen von der SPD – Heike Gebhard [SPD]: Wer hat das den eingeführt?)

– Ja, die Philosophie ist das Hochschulfreiheitsgesetz, aber natürlich ist unsere Auffassung nicht die, dass wir dekretieren, wie eine Hochschule ihren Studienplatz zu verplanen hat. Trotzdem haben wir die Gespräche geführt. Im Ergebnis sind in dreistelliger Größenordnung zusätzliche Studienplätze zustande gekommen. Das wird dazu führen, dass wir in absehbarer Zeit dort mehr Absolventen haben, die dann eben auch für Diensteantritte zur Verfügung stehen. Da können Sie sagen, das können immer noch ein paar mehr sein – da will ich Ihnen auch nicht widersprechen –, aber die Richtung stimmt doch. Und Sie müssen doch zumindest zur Kenntnis nehmen, dass wir da einen erheblichen Schritt nach vorne gekommen sind im Vergleich zu dem, was Sie hinterlassen haben. Deshalb bitte ich Sie nur bei allem, was Sie an Wünschenswertem ansprechen: Vergessen Sie nicht Ihre eigene Bilanz, Ihr eigenes Handeln. Das muss für Sie unter Glaubwürdigkeitsgesichtspunkten auch mit Maßstab der Beurteilung sein. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Martin Börschel:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Herr Kollege Zimkeit.

**Stefan Zimkeit (SPD):** Ich fang dann mal bei der gerade angesprochenen FDP-Philosophie an. Zu unserer Auffassung dazu, was den Bund angeht, sage ich gleich noch einen Satz.

Die FDP-Philosophie im Bereich Haushalt ist ja gerade ausgezeichnet gewürdigt worden vom Nobelpreisträger für Wirtschaft, der davor gewarnt hat, Christian Lindner zum

Finanzminister zu machen, weil die Philosophie der FDP in diesen Fragen vorsintflutlich ist. Und damit ist, glaube ich, der Punkt der FDP-Philosophie in diesem Zusammenhang ausreichend beschrieben. Ich möchte nur vor dem Trugschluss warnen, aber das weiß der Kollege Witzel auch, er versucht es trotzdem wider besseres Wissen, dass die SPD, weil sie einem Sondierungspapier zugestimmt hat, diese Vorstellungen teilt. Wir können augenscheinlich nichts anderes durchsetzen, aber ich will sehr gerne noch mal appellieren, weil wir ja gerade die Frage der Bildungsfinanzierung angesprochen haben, wo es, glaube ich, keinen ernstzunehmenden Menschen gibt, der sagt, die reicht aus in der jetzigen Situation, die muss dringend verbessert werden. Und damit sie dringend verbessert werden kann – und da geht es nicht um „wünsch dir was“, sondern da geht es um notwendige grundlegende Dinge, lassen Sie uns doch gemeinsam die Finanzierung für den Bildungsbereich verbessern, indem wir im Bereich der großen Vermögen und der großen Erbschaften gemeinsam auf Bundesebene was tun. Das Geld fließt in die Landeskasse. Wir hätten dann hier die Möglichkeit, das Notwendige zu tun im Bereich der Bildung. Das würde übrigens unser aller Glaubwürdigkeit den Menschen gegenüber, glaube ich, erheblich stärken.

Und wenn Sie dann ausgerechnet über Glaubwürdigkeit der Politik sprechen, da will ich nur noch einmal zwei Stichworte nennen. Das eine ist die Frage Schuldenabbau, und das andere ist die Frage Stellenabbau. Beides sind Ihre Forderungen. Ergebnis ist – alles wunderbar nachzulesen beim Landesrechnungshof –: gescheitert, 1.000 zusätzliche Stellen in der Ministerialbürokratie ohne Gegenfinanzierung. – Ich glaube, wer so Politik macht, muss nicht anderen Glaubwürdigkeitsprobleme unterstellen. Das ist schon sehr eindeutig.

Und dann gibt es, finde ich, eine selektive Wahrnehmung. Da sage ich noch mal, was ich auch im Unterausschuss schon gesagt habe: Wir haben nirgendwo gesagt, alles in diesem Haushalt ist falsch und schlecht, und wir lehnen alles ab. Das stimmt doch gar nicht. Den Eindruck hier zu erwecken, ist natürlich vollkommen falsch. Aber wie Sie vorgehen, ist spannend. Zwei Punkte: Die Kommunen loben Sie angeblich. Ja, sie loben für Vergangenheitsdinge aus dem Rettungsschirm. Und dann sagen Sie, die Kommunen loben uns, weil wir eine GFG-Stabilisierung machen. Da lassen Sie den zweiten Teil aber weg. Die sagen, Sie müssen aber die Kreditierung dieser Stabilisierung streichen. Den Teil vergessen Sie. Sie hören immer nur das, was Sie hören wollen.

Ähnlich ist es ja zum Beispiel beim Thema „Rettungsschirm“. Da sagen Sie vollkommen zu Recht – auch vollkommen unbestritten, Lob dafür –, dass der 2022 noch zur Verfügung steht. Aber zahlreiche Expertinnen und Experten haben gesagt, eigentlich müsste der auch noch 2023 zur Verfügung stehen. Den Teil lassen Sie auch wieder weg und reagieren darauf nicht. Das ist typisch.

Und typisch ist natürlich dann auch, wenn Sie von 10.000 neuen Lehrerstellen sprechen und sich dafür auf die Schulter klopfen. Nebenbei sollten Sie vielleicht erwähnen, dass 8.000 unbesetzt sind. Da kommen dann gerade 20 % des Selbstlobes bei raus, wenn Sie damit ehrlich umgehen würden.

Wenn Sie uns Realitätsverlust vorwerfen, dann will ich sagen: Alles das, was ich hier vorgetragen habe, war nicht die Positionierung der SPD-Fraktion. Das war die Positionierung der Expertinnen und Experten in der Haushaltsanhörung. Somit richtet sich der Vorwurf des Realitätsverlustes nicht an uns, sondern an die. So kann man mit den Hinweisen aus dem gesellschaftlichen Bereich umgehen, ich würde es aber nicht tun, sondern ich würde vielleicht auch mal zuhören und mich selber hinterfragen, aber das passiert ja bei dieser Regierung nicht.

Und was den Bereich Realitätsverlust angeht, eine letzte Anmerkung. Also, wer sich immer noch hinstellt und sagt, der Haushalt 2022 hat keine Schulden, genau wissend, dass – das steht ja noch nicht fest – wahrscheinlich um die 3 Milliarden Euro kreditfinanziert aus dem Rettungsschirm kommen, der leidet unter Realitätsverlust oder versucht, die Menschen im Land bewusst zu täuschen.

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis:** Vielen Dank. – Wir haben hier einen Wechsel in der Sitzungsleitung. Der Vorsitzende musste sich jetzt verabschieden. Wir fahren fort in der Rednerliste. Frau Düker hat das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Danke, Herr Vorsitzender. – Herr Witzel, Sie erwecken hier einmal mehr den Eindruck – Herr Lehne hat es auch so ein bisschen gemacht –, als ob es bei Haushaltspolitik darum geht, was objektiv machbar oder nicht machbar ist. Vieles ist wünschenswert und das, was machbar ist, haben wir gemacht. Sie erwecken den Eindruck, als ob es gar nicht um Politik und Gestaltungsoptionen geht, sondern sagen einfach, das geht eben nicht, können wir alles nicht bezahlen. Mit so einer etwas paternalistischen Haltung, wenn ich das sagen darf – das haben Sie im Unterausschuss ja auch schon an den Tag gelegt –, auch gegenüber Interessensvertretungen und Gewerkschaften ... Die kleinen ungezogenen Kinder, die immer zu viel fordern. Also, es hat wirklich unangenehme paternalistische Züge, wie Sie hier berechnete Forderungen von Beschäftigtenvertretungen abtun als: Wünschenswert ist ja viel, aber das Geld haben wir nun mal nicht.

Ich will das nur noch mal an ein paar Beispielen deutlich machen, dass es hier auch um Politik und Schwerpunktsetzung geht und dass Sie sich bitte auch einer Debatte stellen um die Schwerpunktsetzung und nicht alles immer nur damit abwimmeln, das können wir alles nicht bezahlen. Der Schuletat steigt zum Beispiel deutlich weniger als der Einzelplan 03. Ich meine, der hat im Haushaltsvergleich sogar mit Abstand die höchsten Steigerungsraten. Dann können Sie aber rausgehen und sagen, wir haben hier unterschiedliche Steigerungsraten, weil unser Schwerpunkt liegt jetzt eben – ist ja völlig in Ordnung – nicht so sehr im Bereich Bildung, sondern uns ist der Bereich innere Sicherheit wichtiger. Dann sagen Sie es aber bitte auch so.

Oder das Beispiel, das ich gerade gebracht habe: Man kann nicht sagen, für Naturschutz ist objektiv nicht mehr Geld als 36 Millionen im Haushalt möglich. Das ist einfach Quatsch. Wenn Sie gleichzeitig ein Heimatprogramm, was auch berechnete ist, mit 40 Millionen Euro bestücken, dann können Sie nicht auf der anderen Seite sagen, für den Naturschutz keinen Euro mehr, denn das Geld haben wir nicht.

Es geht in der Haushaltspolitik – das ist das, was mich echt immer an Ihren Beiträgen ärgert – auch um Politik und um Schwerpunktsetzung und nicht darum, was geht und was nicht. Selbstverständlich geht es, dass Sie einen Einstieg – es sagt keiner, morgen alle A13 – in diese Finanzierung machen, weil es nicht um eine Wünsche-dir-was-Liste geht, sondern es geht schlicht um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Tun Sie das doch nicht alles so als Wunsch-dir-was-Liste ab. Mit dem Lehrerausbildungsgesetz, mit der Angleichung der Lehrerausbildung gibt es hier Ansprüche, und das ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Und wenn ich die gleiche Ausbildung habe mit einem Masterstudiengang für Sek. I wie für Sek. II, dann kann ich auch als Beschäftigter erwarten, dass ich den gleichen Lohn dafür kriege. Da geht es doch nicht darum, dass die alle irgendwie mehr Geld wollen, aber haben wir nicht. Das sind Grundsätze, die Sie hier schlichtweg ignorieren. Im Übrigen haben Sie es auch versprochen.

Zur selektiven Wahrnehmung hat Kollege Zimkeit auch schon was gesagt. Das durchzieht sich ja immer in diesen Haushaltsdebatten. Selbstverständlich freuen sich die Kommunen darüber, und das war auch richtig, dass der Bund bei KdU mehr Geld gegeben hat, aber das ersetzt doch nicht den Altschuldenfonds für NRW. Natürlich ist das gut und richtig, aber es ist kein Ersatz dafür, dass diese Schuldenspirale beendet werden muss, in die Sie die Kommunen durch diese Politik weiter reintreiben. Und dann haben wir am Ende das, was wir Investitionsstau nennen, was dann aber konkret bedeutet – das ist ja nun mehrfach ausgeführt worden, auch von den Kommunen –, dass sie nicht mehr in der Lage sind, ein Schwimmbad zu halten. Das ist das, worüber wir hier gerade reden und nicht über irgendwelche Wunsch-dir-was-Listen, was man alles nicht finanzieren kann. Selbstverständlich geht das

Eine große Forderung bezieht sich zum Beispiel auf die 41-Stunden-Woche. Prima. Wenn wir jetzt 39 Stunden hätten, würden wir unseren öffentlichen Dienst attraktiver machen. Das wäre eine Sache, die auch aus meiner Sicht morgen in dieser Form so nicht umsetzbar wäre in der Größenordnung. Aber dann gibt es Vorschläge, Kompromissvorschläge, einen Einstieg zu machen, indem man wenigstens die Möglichkeit schafft, von den 41 Stunden eine Stunde anzusparen, um gegebenenfalls davon früher in Pension zu gehen, um überhaupt mal in die Debatte reinzukommen. Aber auch solchen Kompromissvorschlägen stellen Sie sich nicht.

Die Beispiele zeigen, es geht hier nicht um Schwarz oder Weiß, finanzierbar oder nicht finanzierbar, sondern es geht hier darum, welche Schwerpunkte gesetzt werden von dieser Landesregierung und welche wir als Opposition anders setzen würden. Und genau dieser Debatte stellen Sie sich einmal mehr nicht.

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Jetzt hat der Kollege Lehne das Wort, anschließend der Kollege Witzel.

**Olaf Lehne (CDU):** Das geht bei mir auch ganz schnell. Erst mal ganz kurz zu Frau Düker. Sie können sich daran erinnern, dass im Zuge der Anhörung auch von den Kommunen ausdrücklich geäußert worden ist, dass sie gut durch die Krise gekommen sind, weil sie so viel Hilfe erhalten haben. Und wenn ich mich recht entsinne, ist es so,

dass die Kommunen noch nie mehr Geld von einer Landesregierung bekommen haben als von uns. Punkt 1.

Punkt 2: Herr Zimkeit, Sie sprechen von Unseriösität. Dann möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir 2018 – nach 43 Jahren! – das erste Mal einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben und sogar Rückführungen getätigt haben. Und da muss man auch simpel feststellen: Das war vor Corona und der Flut, die Sie permanent komplett verdrängen.

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis:** Vielen Dank. – Herr Kollege Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Die Wortbeiträge der Opposition haben gerade sehr schön noch mal unterstrichen, dass das zutreffend ist, was wir als Koalitionsfraktionen vorgetragen haben.

Ich fange mal bei Frau Düker an, die eben als letzte dazu von Oppositionsseite hier gesprochen hat. Genau das, haben Sie ja bestätigt, was ich Ihnen vorgehalten habe, nämlich dass Sie hier eine Reihe von Forderungen stellen, die Sie zu Zeiten Ihrer eigenen Regierung nicht auf den Weg gebracht haben. Dieser Realität müssen Sie sich stellen. Und dafür wird es ja wohl Gründe gegeben haben, warum Sie das nicht gemacht haben. Deshalb, glaube ich, ist es zu wenig, sich hinzustellen und zu sagen, es gibt doch so viele Vorschläge und so viele Forderungen, dieses und jenes könnte man machen. Das alles sind Dinge, die Sie nicht gemacht haben. Ich habe auch nicht gesagt, dass wir von Koalitionsseite schon am Ende unserer aller realisierten politischen Zielvorstellungen wären. Aber ich habe Ihnen gesagt, in wesentlichen, für uns strategisch wichtigen Bereichen, wozu eben der Bildungsbereich gehört, die innere Sicherheit gehört, der öffentliche Dienst, haben wir Fortschritte erreicht im Vergleich zu dem Status quo, den wir übernommen haben. Vielleicht können wir uns wenigstens darauf einigen, Frau Düker, wenn Sie sehen, wie die rot-grünen Hinterlassenschaften waren.

Und deswegen sage ich auch hier noch mal ganz klar: Ich habe ein großes professionelles Verständnis für das, was Verbände vortragen, was Beschäftigtenorganisationen für ihre Mitgliedschaft hier im Landtag vortragen. Das ist für mich absolut nachvollziehbar aus deren Interessenlage heraus. Wenn die einzelnen Berufsorganisationen kommen, die Gewerkschaften ihre Anregungen, Vorschläge, Forderungskataloge für den Personalbereich vorlegen, dann muss ich sagen, dass ich sehr, sehr viele Punkte finde, wo das, was dort angeregt wird, aus deren Sicht gut begründet wird, wenn vorgetragen wird, warum man für besonders schwierige Polizeitätigkeiten eine Zulage vorsehen sollte, die es bis dahin nicht gab. Das kann ich nicht als unsinnig zurückweisen, wenn so was dargestellt wird. Da gibt es Vorschläge im Bereich der Polizei, wo ganz, ganz viele Grenzsituationen im beruflichen Alltag eingeschlossen sind, auch in schwierigen Situationen über Leben und Tod zu entscheiden, wo sich mehr Stellenerhebungen für A13 gewünscht werden, weil die sagen, das sind so wichtige Verantwortlichkeiten, die wahrgenommen werden, da brauchen wir mehr A13-Stellen. Das kann ich für sich genommen verstehen und intellektuell nachvollziehen, was da vorgetragen wird.

Dann sitzen die Vertreter der Finanzverwaltung da. Die sagen, wir hätten es einfacher, gerade junge Leute, die uns verstärkt abgeworben werden von der Wirtschaft, bei uns halten – die haben eine gute Ausbildung in Nordkirchen gemacht –, wenn wir hier schneller Aufstiegsschritte organisieren können, damit wir ihnen eine bessere Bleibeperspektive in der Finanzverwaltung geben können. Ich finde, damit muss man sich intellektuell redlich auseinandersetzen. Das ist ja kein Blödsinn, der da vorgetragen wird.

Im Bereich der Justiz sitzen Vertreter der Beschäftigten da, die sagen, es gibt für junge Berufseinsteige im mittleren Dienst, im Vollzugsdienst, Schwierigkeiten, überhaupt in großstädtischen Ballungsregionen bei den Lebenshaltungskosten Stellen anzutreten. Das ist nicht besonders attraktiv. Die wünschen sich dort Stellenhebungen, höhere Eingangsbesoldungen.

Das sind alles Forderungen, mit denen muss man sich beschäftigen. Man kann nur haushaltspolitisch das alles nicht auf einen Schlag tun. Das ist keine Absage auf Dauer, dass man sich den Fragestellungen nicht stellen würde, aber das wird natürlich am Ende des Tages, wenn man zu der Schuldenbremse steht und das für einen wichtigen Pfeiler generationengerechter Haushaltspolitik hält, nicht alles im Paket auf einmal abzarbeiten sein. Und deshalb sage ich nur bei all dem, was Sie fordern, Frau Düker: Machen Sie den Glaubwürdigkeitstest und vergleichen Sie es immer mit der Fragestellung, wie es bei Ihnen war und was Sie jetzt von anderen erwarten.

Und deshalb sage ich: Selbstverständlich haben wir dort die Versprechungen eingehalten und werden das auch im Laufe dieser Wahlperiode an weiteren Stellen noch tun, was zum Beispiel das Thema „Lebensarbeitszeitkonten“ angeht. Das hat ja die Landesregierung schon angekündigt. Da sind wir ja auch lange im Gespräch und werden entsprechend – so haben wir es ja auch angekündigt – dazu auch wichtige Beschlüsse noch in dieser Legislaturperiode fassen. Da werden Sie auch immer die eine oder andere Organisation von Beschäftigten finden, die sagt: Mensch, da hätten wir gerne ein paar Dinge anders gemacht. Da sind nicht alle unsere Vorschläge und Wünsche erfüllt worden. Wir hätten uns die Konstruktion anders vorstellen können. – Über all die Dinge können wir reden. Dafür haben wir ja auch noch ein Gesetzgebungsverfahren, was angekündigt wurde vonseiten der Regierung. Aber unter dem Strich bleibt doch erst mal stehen: Es gibt eine Verbesserung, weil es zukünftig das gibt, was Beschäftigte mit ihren Verbänden und Gewerkschaften über etliche Jahre, über verschiedene Legislaturperioden in diesem Land gefordert haben, nämlich die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. Und das ist doch ein Start. Und da kann man sich doch im zweiten Schritt darüber unterhalten, zu evaluieren, wo man vielleicht nachsteuert. Aber es ist doch unter dem Strich eine Verbesserung der von uns zugesagte Überstundenverfallschutz, der dann jetzt praktiziert wird aktuell durch Erlasse und dann faktisch überführt wird in ein Lebensarbeitszeitkonto, dass Beschäftigte nicht noch die Angst haben müssen beispielsweise bei der Polizei oder Justiz, wo man natürlich nicht Straftäter fliehen lassen kann, weil es Krankmeldungen bei den Vollzugsbeamten gibt, oder wo man natürlich nicht eine Bevölkerung ungeschützt zurücklassen kann vor Terrordrohungen, wenn es eben spontan eine Großeinsatzlage am Wochenende gibt, selbst wenn Polizeibeamte eigentlich freige habt hätten. Wenn wir von Beamten erwarten, dass sie in diesen Situationen außerplanmäßig Überstunden machen, Zusatzdienste,

Wochendienste erbringen, dann müssen sie aber eine Rechtssicherheit haben über Lebensarbeitszeitkonten, dass sie nicht irgendwann auf die Rückgabe dieser Stunden verzichten müssen, weil das dann über Kappungsgrenzen auf Verfallsstichtage läuft. Ich finde, das ist doch ein ganz wesentlicher Fortschritt. Das ist auch eine Frage von mehr Gerechtigkeit für den Umgang mit Bediensteten dort.

Herr Zimkeit, natürlich gibt es keine gemeinsame Philosophie der Parteien SPD, Grüne und FDP in der Haushaltspolitik. Das haben Sie nicht behauptet, das habe ich auch nicht behauptet. Da haben wir schon sehr unterschiedliche Vorstellungen; darauf legen wir Wert. Ich habe eben nur gesagt – das werden Sie sich im Protokoll angucken können –, dass Sie offenbar doch zumindest von rot-grüner Seite im Bund Verständnis aufgebracht haben für unsere Sichtweise, was generationengerechte Finanzen sind. Denn Sie werden ja nicht sagen, dass Sie in Eckpunkten etwas verabredet haben, was Sie für unverantwortlich halten. Das werden Sie ja sicherlich nicht sagen. Und da haben Sie zumindest auf Bundesebene – Sie sehen das programmatisch anders, ist mir bekannt, ich behaupte auch nicht das Gegenteil – es für vertretbar gehalten, zu sagen, Vermögensteuer machen wir nicht. Hier fordern Sie die Substanzbesteuerung jetzt aber wieder ein. Wir haben verabredet, dass wir eine Schuldenbremse einhalten und nicht an Verfassungsänderungen in dem Bereich rangehen. Das haben Ihre Kollegen im Bund zumindest im Ergebnis so konsentiert. Insofern gibt es vielleicht an der einen oder anderen Stelle Sichtweisen, die sich etwas anders darstellen, als Sie es jetzt hier in Nordrhein-Westfalen vortragen. Von daher warte ich mit Interesse auf die Entscheidung, für den Fall, dass Olaf Scholz Bundeskanzler werden sollte, wen er zum Bundesfinanzminister ernannt.

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor zu diesem Punkt. Das bleibt auch so. Weiteres ist nicht vorgesehen. Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 4 schließen.

